

EXPERTE MARIN: *Wie immer die neue Regierung aussieht, eine neuerliche Pensionsreform ist jedenfalls unumgänglich*

Pensionsdebatte: Wahlkampfthema, das keiner wollte

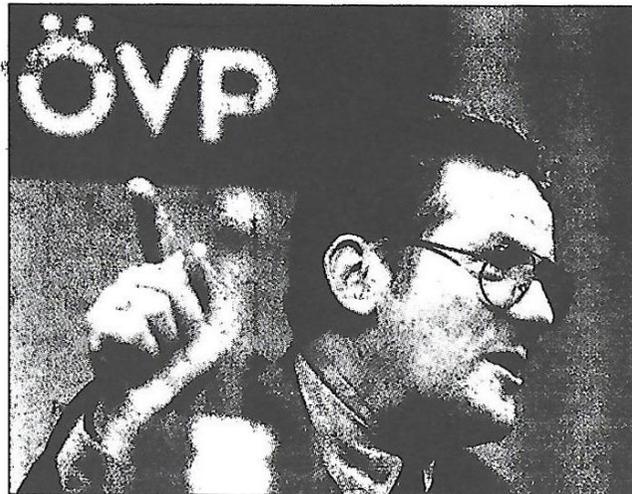
VON LUCIAN MAYRINGER

WIEN. Mit seiner Forderung nach einer weiteren Pensionsreform, bei der das tatsächliche Pensionsantrittsalter (derzeit bei Männern 58,7 Jahre, bei Frauen 57,3) an das gesetzliche von 65/60 Jahren herangeführt werden soll, hat Staatssekretär Alfred Finz (VP) hitzige Wahlkampfdebatten ausgelöst.

Für die FP stellte der stellvertretende Bundesparteiobermann Max Walch fest, dass „eine weitere Anhebung des Frühpensionsantrittsalters nicht in Frage kommt“. Oberste Priorität habe für die FP die Gleichstellung aller und die Angleichung an ASVG-Pensionen.

Unterdessen hat Finz sein Ziel, ein faktisches Pensionsantrittsalter von 63 Jahren zu erreichen, relativiert. Es gehe ihm nicht um eine

Zwangsmaßnahme, die Annäherung solle durch ein Anreizsystem erreicht werden. Schützenhilfe erhielt Finz von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein und dem scheidenden Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FP). Beide sprachen sich gestern für eine „große Pensionsreform“ aus. Die längere Lebenserwartung und die demographische Entwicklung führe in ganz Europa dazu, dass das Umlagesystem (die Aktiven zahlen mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen die Pensionen, der Staat schießt zu) unter Druck komme. Da sich das demografische Verhältnis verschiebe und nur mehr 50 bis 60% Aktive für die Pensionen einzahlen würden, sei es eine „Milchmädchenrechnung, dass man reformieren muss“, so Grasser. Eine Reform in Stücken sei den Österrei-



Finz wird die Geister, die er rief, nicht mehr los. Foto: APA

chern „nicht zumutbar“, ergänzte Bartenstein.

SP-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures ortet die Absicht von Schwarz-Blau, in der nächsten Legislaturperiode das Pensionsrecht „noch weiter zu verschär-

fen“, weshalb diese noch vor der Wahl ihre „konkreten Pläne“ auf den Tisch legen sollten. Grün-Sozialsprecher Karl Öllinger forderte Maßnahmen, um die Beschäftigung älterer Menschen zu erhöhen. Derzeit würden

viele „schon lange vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in die Arbeitslosigkeit geschickt“.

Im ÖÖN-Gespräch bekräftigte der Sozialwissenschaftler Bernd Marin die Notwendigkeit weiterer Reformschritte. Die Situation sei „ein Bomber!, das jede Regierung in der Hand halten wird. Nix tun kann sich niemand leisten“, so Marin, der Mitglied der Pensionsreformkommission ist. Das von der Regierung eingesetzte Gremium habe errechnet, dass sowohl mit der Reform 1997 als auch mit jener im Jahr 2000 nur „zehn Prozent der erforderlichen Maßnahmen“ erfüllt wurden. Mit derartigen „Notmaßnahmen“ könne man sich nur von einer in die nächste Legislaturperiode schleppen.

Marin schlägt ein Abgehen vom gesetzlichen hin zu einem Regelpensionsalter (65

Jahre) samt Spielräumen vor. Sollte die Lebenserwartung weiter steigen, könne man diese Grenze „alle zehn bis zwölf Jahre um ein Jahr erhöhen“. Das Bonus-Malussystem soll verschärft werden. Die Zuschläge für jedes länger gearbeitete Jahr sollten 7 bis 8% ausmachen. Andererseits seien die Abschläge bei vorzeitiger Pensionierung auf jährlich 6% zu verdoppeln. Ein Malus, der nach Marins Modell nicht zwangsläufig vom Arbeitnehmer zu tragen wäre. Man könne nach dem Verursacherprinzip, wenn sich etwa die Post AG als notorisch ältere Mitarbeiter in die Frühpension schickendes Unternehmen entpuppe, diese Kosten weitergeben. Ein Prinzip, das auf ganze Branchen, Regionen oder Risikogruppen ausgelehnt werden könne.